

SUB

Von der
„pragmatischen Variante der Studentenbewegung“
zum „1. befreiten Institut“
„1968“ an der Universität Hamburg
und seine lokalen Besonderheiten¹

Von
Marc-Simon Lengowski

Einleitung

Wenn man die Entwicklung der Hamburger Universität betrachtet, scheint es, als blicke man durch ein Kaleidoskop auf die deutsche Geschichte: Man erkennt die wichtigsten gesellschaftlichen Veränderungen des 20. Jahrhunderts in gebrochener Form.² Dies beginnt bereits mit der schwierigen Vorgeschichte einer in Hamburg umstrittenen Universität, deren Errichtung erst im Jahr 1919, als erste demokratische Universitätsgründung in Deutschland, durchgesetzt werden konnte.³ Für die Weimarer Zeit lässt sich dann allen retardierenden Momenten zum Trotz „eine relative ‚Fortschrittlichkeit‘“⁴ der „Hamburgischen Universität“ konzedieren, die aber in der NS-Zeit genauso versagte wie die anderen

- 1 Dieser Aufsatz basiert auf den Ergebnissen meiner unveröffentlichten Staatsexamensarbeit: Ausnahmezustand an der Universität Hamburg – der Streik und die Besetzungen im Philosophenturm der Universität Hamburg vom 28.1. bis 5.2.1969. Geschichtswissenschaftliche Staatsexamensarbeit, Universität Hamburg 2011.
- 2 Vgl. einführend zur Geschichte der Universität Rainer Nicolaysen, Wandlungsprozesse der Hamburger Universität im 20. Jahrhundert. In: 100 Jahre Germanistik in Hamburg. Traditionen und Perspektiven. Hg. von Myriam Richter und Mirko Nottscheid in Verbindung mit Hans-Harald Müller und Ingrid Schröder. Berlin/Hamburg 2011 (= Hamburger Beiträge zur Wissenschaftsgeschichte, Bd. 19), S. 9-35.
- 3 Die Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg beschloss das Gesetz am 28. März 1919 und veröffentlichte es am 1. April im Amtsblatt: Vorläufiges Gesetz betreffend die Hamburgische Universität und Volkshochschule. Abgedruckt im Amtsblatt der Freien und Hansestadt Hamburg, Nr. 79 vom 1.4.1919, S. 535-537.
- 4 Vgl. Rainer Nicolaysen, „Frei soll die Lehre sein und frei das Lernen.“ Zur Geschichte der Universität Hamburg. Hamburg 2008, S. 22.

deutschen Hochschulen: Als „Hansische Universität“ diente sie dem verbrecherischen NS-Regime und verriet die Ideale der Wissenschaft und Humanität.⁵ In der Ära des Wiederaufbaus nach 1945 zeigte sich schließlich auch an der „Universität Hamburg“ – so ihr dritter, bis heute gültiger Name – das verbreitete Bedürfnis nach Restauration und Anschluss an die Zeit vor dem Nationalsozialismus, das sich im „große[n] Frieden mit den Tätern“⁶ äußerte.⁷

Wie aber verhält es sich mit der nächsten größeren Wegmarke der deutschen Geschichte, der Zeit um das Jahr 1968?⁸ Spiegelt sich auch hier die Dynamik der (bundes)deutschen Geschichte in der Entwicklung der Hamburger Universität? Was lässt sich ablesen an den Konflikten zwischen Studierenden⁹ und Universitätsleitung, an den Auseinandersetzungen

5 Ein Überblick, auch zu den wenigen erfreulichen Ausnahmen, bei Rainer Nicolaysen, *Geistige Elite im Dienste des „Führers“*. Die Universität zwischen Selbstgleichschaltung und Selbstbehauptung. In: *Hamburg im „Dritten Reich“*. Hg. von der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg. Göttingen 2005, S. 336-356. Ausführlich zu fast allen Aspekten: *Hochschulalltag im „Dritten Reich“*. Die Hamburger Universität 1933-1945, 3 Teile. Hg. von Eckart Krause, Ludwig Huber und Holger Fischer. Berlin/Hamburg 1991 (= *Hamburger Beiträge zur Wissenschaftsgeschichte*, Bd. 3).

6 So Ralph Giordano über die Reintegration der NS-Täter und NS-Belasteten in die bundesdeutsche Gesellschaft. Ralph Giordano, *Die zweite Schuld oder: Von der Last Deutscher zu sein*. Neuausgabe. Köln 2000 [zuerst Hamburg 1987], S. 87-163.

7 Die personelle Kontinuität war groß; nur wenige Kollegen, die sich in der NS-Zeit als Nationalsozialisten besonders exponiert hatten, wurden nicht mehr in den Lehrkörper integriert; vgl. dazu Anton F. Guhl, *Entlassung, Entnazifizierung, Rehabilitierung? Die Philosophische Fakultät der Hamburger Universität zwischen Bruch und Kontinuität nach 1945*. In: *100 Jahre Germanistik in Hamburg* (wie Anm. 2), S. 261-280.

8 In der Forschung besteht inzwischen Übereinstimmung, dass das Phänomen „1968“ deutlich vor dem Jahr 1968 begonnen hat. So befand sich die Bundesrepublik „bereits seit Ende der fünfziger Jahre in einem schwungvollen politischen, sozialen und kulturellen Umbruchprozess“, der „wahlweise als ‚Demokratisierung‘, ‚(Fundamental-) Liberalisierung‘, ‚Westernisierung‘, und/oder ‚Modernisierung‘ etikettiert“ wird; so Sven Steinacker, *Es bewegt sich was – Die sechziger und siebziger Jahre als Wendezeit in Westdeutschland*. In: *Sozialwissenschaftliche Literatur Rundschau* 57 (2008), S. 5-21, hier S. 6.

9 Obwohl nicht zuletzt aus sprachlichen Gründen an vielen Stellen dieses Beitrags verallgemeinernd „Studierende“ steht, soll damit nicht der Eindruck erweckt werden, alle Studierenden der Universität Hamburg hätten sich an den Protesten beteiligt. Sie waren vielmehr eine in sich heterogene Gruppe mit unterschiedlichen Interessen und politischen Meinungen.

gen der Studierenden mit Landespolitikern in Fragen der Hochschulreform und an der Konfrontation mit der Polizei bei konkreten Aktionen?

Kann zur Beschäftigung mit den früheren Phasen der Universitätsgeschichte aus der Forschungsliteratur geschöpft werden, so gilt dies für die Zeit nach 1945 nur sehr bedingt, denn die Nachkriegsgeschichte der Universität Hamburg, auch die Geschichte der hiesigen Studentenbewegung, ist bisher kaum erforscht. Dies entspricht zugleich dem allgemeinen Befund, wonach „1968“ häufig nicht mehr als eine „kommunikative Chiffre“ ist,¹⁰ die vor allem Assoziationen und Bewertungen abrufbar – nicht aber historisch fundierte Kenntnisse. Noch immer ist Norbert Frei darin zuzustimmen, dass „1968“ „überkommentiert und untererforscht“ sei.¹¹ Dabei mangelt es nicht an Publikationen zum Thema,¹² aber quellenbasierte Detailstudien finden sich darunter nur selten. Auch wenn die Forschungslage für manche Universitätsstädte etwas besser aussieht,¹³ ist „1968“ vielerorts noch wenig ausgeleuchtet – so auch in Hamburg.¹⁴ Hier

¹⁰ Begriff nach Wolfgang Kraushaar, 1968 als Mythos, Chiffre und Zäsur. Hamburg 2000. In diesem Sinne ist im Folgenden mit „1968“ in Anführungszeichen der Sammelbegriff gemeint, nicht das konkrete Jahr.

¹¹ Norbert Frei, 1968. Jugendrevolte und globaler Protest. München 2008, S. 273.

¹² Vgl. u. a. die Bibliografien: Die Studentenproteste der 60er Jahre. Archivführer, Chronik, Bibliographie. Hg. von Thomas P. Becker und Ute Schröder. Köln 2000; 1968 in West Germany. A Guide to Sources and Literature of the Extra-Parliamentarian Opposition. Hg. von Philipp Gassert und Pavel A. Richter. Washington 1998; dazu Philipp Gassert, Das kurze „1968“ zwischen Geschichtswissenschaft und Erinnerungskultur: Neuere Forschungen zur Protestgeschichte der 1960er-Jahre. In: H-Soz-u-Kult, 30.4.2010, <http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/forum/2010-04-001> [zuletzt besucht am 17.12.2012].

¹³ Z. B. Anna Christina Berlit, Notstandskampagne und Roter Punkt. Die Studentenbewegung in Hannover 1967-1969. Bielefeld 2007 (= Hannoversche Schriften zur Regional- und Lokalgeschichte, Bd. 20); Wolfgang Kraushaar (Hg.), Frankfurter Schule und Studentenbewegung. Von der Flaschenpost zum Molotowcocktail, 3 Bde. Hamburg 1998; Katja Nagel, Die Provinz in Bewegung. Studentenunruhen in Heidelberg 1967-1973. Heidelberg 2009 (= Buchreihe der Stadt Heidelberg, Bd. 13); Anne Rohstock, Von der „Ordinarienuniversität“ zur „Revolutionszentrale“? Hochschulreform und Hochschulrevolte in Bayern und Hessen 1957-1976. München 2010 (= Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte, Bd. 78); Boris Spix, Abschied vom Elfenbeinturm? Politisches Verhalten Studierender 1957-1967. Berlin und Nordrhein-Westfalen im Vergleich. Essen 2008.

¹⁴ Hervorzuheben ist allerdings die ausführliche Chronologie in: Der Forschung? Der Lehre? Der Bildung? Wissen ist Macht! 75 Jahre Hamburger Universität. Studentische Gegenfestschrift zum Universitätsjubiläum 1994. Hg. von Stefan Micheler und Jakob Michelsen im Auftrag des Allgemeinen Studierendenausschusses.

setzt dieser Text an: In einer „Tiefenbohrung“ sollen nicht nur die Grundzüge des Hamburger „1968“ nachgezeichnet werden; es soll auch danach gefragt werden, wie viele regionale Eigenheiten in der Entwicklung lagen und wie stark sich bundesdeutsche Ereignisse auf die lokale Dynamik auswirkten. Dabei muss, um belastbare Aussagen über das Charakteristische des Hamburger „1968“ treffen zu können, mehr als das Verhalten der Studierenden analysiert werden. Auch die Universitätsleitung – im Wesentlichen Rektor und Akademischer Senat –, die Professoren, der politische Senat – allen voran Schulsenator Wilhelm Drexelius (SPD) – und die Hamburger Polizei sind mit in den Blick zu nehmen.

Im Mittelpunkt der Darstellung stehen zwei für die Studentenbewegung in Hamburg markante Zäsuren: die Trauerkundgebungen und Proteste anlässlich der Erschießung des West-Berliner Studenten Benno Ohnesorg am 2. Juni 1967 sowie die Protestaktionen vom Wintersemester 1968/69, die ihren Höhepunkt in einer Welle von Besetzungen und Streiks im Philosophenturm der Universität Hamburg fanden. Geschildert werden diese Sachverhalte anhand bisher selten genutzter Hamburger Quellenbestände: Herangezogen wurden neben Archivgut wie Polizeiakten, Sitzungsprotokollen und internem Schriftverkehr an der Universität auch studentische Flugblätter und „graue Literatur“.¹⁵

Von pragmatischer Mitarbeit zum großen Bruch: Stadt und Universität vor dem 2. Juni 1967

In Hamburg schien das Verhältnis zwischen Universitätsleitung und Studierendenschaft lange Zeit gut zu sein. Der Allgemeine Studentenausschuss (AStA) bekundete 1963, dass die studentischen Angelegenheiten, in denen die Vertreter der Studierendenschaft im Akademischen Senat Mitspracherecht hätten, „von den Rektoren sehr weit ausgelegt [würden], so daß praktisch die studentischen Vertreter in allen wichtigen Fragen

schusses der Universität Hamburg. Hamburg 1994, S. 11-210; vgl. auch Silke Jendrowiak, *Der Forschung, der Lehre, der Bildung. Hamburg und seine Universität*. Hamburg 1994; Barbara Vogel, *75 Jahre Universität Hamburg*. In: Helga Kutz-Bauer (Hg.), *75 Jahre UNI, HÖB, VHS, Volksbühne Hamburg. Demokratie braucht Bildung – Bildung braucht Demokratie*. Mit einer Einführung von Silke Jendrowiak. Hamburg 1994, S. 27-50.

¹⁵ Neben dem Staatsarchiv Hamburg (StA Hbg.) sind besonders die Sammlungen der Hamburger Bibliothek für Universitätsgeschichte (HBfUG) als wahre Fundgrube hervorzuheben.

hinzugezogen werden“.¹⁶ Doch ganz so konfliktfrei, wie diese Aussage es suggeriert, war das Verhältnis in den frühen und mittleren 1960er Jahren nicht. Die Auseinandersetzungen fanden lediglich hinter verschlossenen Türen statt – die Studierendenvertretung betrieb eine Art „Kabinettspolitik“.¹⁷ Allerdings galt dies nicht für alle Themen. So erregte etwa ein Artikel des Psychologie-Professors Peter R. Hofstätter im Jahr 1963 einen bundesweiten Skandal, weil er die Einstellung der juristischen Verfolgung von NS-Straftätern forderte¹⁸ – Diskussionen und Proteste vieler Studierender aus Hamburg waren die Folge.¹⁹

Auch wenn es noch zu anderen Themen vereinzelte studentische Aktionen gab,²⁰ blieb es insgesamt ruhig an der Universität Hamburg. Weder nahm die Öffentlichkeit die Hochschule als besonders unruhigen Ort wahr, noch trübte sich das Verhältnis zwischen Universitätsleitung und Studierendenvertretung entscheidend ein: Die AStA-Vorsitzende des Sommersemesters 1967, Helga Bauer (später Kutz-Bauer), betonte rückblickend, es habe in der Hansestadt lange Zeit eine „spezifisch pragmatische Variante der Studentenbewegung“²¹ gegeben. Die aktiven Studierenden hätten schon jahrelang an einer Reform des Hochschulgesetzes und einer stärkeren Vertretung der Studierenden in den Gremien mitgearbeitet.²² Auch habe „es nie ein Abbrechen der Kontakte zwischen Studentenparlament bzw. AStA und den etablierten politischen Institutionen“ gegeben.²³

Der erste Konflikt, bei dem die politisierte Studierendenschaft in der Öffentlichkeit wahrgenommen wurde, wurde mit der Polizei ausgetra-

16 StA Hbg., 364-5 II, Abl. 1973 Nr. 57-90.11/1, o. Bl., AStA der Universität Hamburg (Hg.), Universität und Studentenvertretung von A bis Z, S. 3.

17 Helga Bauer/Gerlinde Supplitt, Einige Aspekte zur Entwicklung der Hamburger Studentenschaft 1919-1969. In: Universität Hamburg 1919-1969 [= Festschrift zum 50. Gründungstag der Universität Hamburg]. o. O. o. J. [Hamburg 1970], S. 311-329, hier S. 328.

18 „Bewältigte Vergangenheit?“. In: Die Zeit, Nr. 24 vom 14.6.1963, S. 9.

19 Vgl. Micheler/Michelsen (wie Anm. 14), S. 84.

20 Wie zum Beispiel eine Beschwerde über die Wiedervereidigung von Franz Josef Strauß als Minister. Vgl. ebd., S. 89 f.

21 Helga Kutz-Bauer, „Was wollen Sie denn hier?“. In: „1968“ in Hamburg. Mitglieder des Vereins für Hamburgische Geschichte erinnern sich. Hg. von Claudia Thorn. Norderstedt 2008, S. 21-28, hier S. 23.

22 Im Januar 1967 war dieses Bemühen zumindest in der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen sowie in der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät teilweise erfolgreich gewesen. Vgl. Micheler/Michelsen (wie Anm. 14), S. 94.

23 Kutz-Bauer (wie Anm. 21), S. 23.

gen, nicht mit der Universitätsleitung. Hintergrund war eine Demonstration gegen den Vietnamkrieg, die am 4. Juli 1966 stattfand und – verbottenweise – in einer Kundgebung vor dem US-Konsulat endete. Polizisten räumten daraufhin „ohne deutlich vernehmbare Vorwarnung den Platz vor dem Gebäude mit Gummiknüppeln“.²⁴ Die Studierenden protestierten öffentlich und richteten einen Untersuchungsausschuss ein, der Zeugenaussagen sammelte. Es sollte nicht der letzte Zusammenstoß dieser Art bleiben, wie eine Demonstration am 17. Februar 1967 zeigte: Dort wurde ein Sitzstreik in der Wandelhalle des Hauptbahnhofs von der Polizei gewaltsam aufgelöst.²⁵ Als ein ausländischer Student in der Folge ausgewiesen werden sollte, wandten sich Studierende und Universitätsleitung gemeinsam dagegen und kritisierten die Brutalität des Einsatzes.²⁶ Angesichts dieser Ereignisse verwundert es wenig, dass Innensenator Heinz Ruhnau (SPD) zum „Hassobjekt“²⁷ der Studierenden wurde.

Als dann am 2. Juni 1967 der Student Benno Ohnesorg auf einer Demonstration gegen den Schah von Persien in West-Berlin von einem Polizisten erschossen wurde,²⁸ war für viele Studierende eine Grenze überschritten.²⁹ Auch für die Studentenproteste in Hamburg bedeutete der 2. Juni eine Zäsur. Dabei sind drei Aspekte hervorzuheben: Im Zuge der Hamburger Trauerveranstaltung für Benno Ohnesorg kam es zum ersten großen Zerwürfnis zwischen Studierendenvertretung und Universitätsleitung, Letztere arbeitete nun direkt mit der Polizei zusammen, und für die Studierenden war es einer der letzten Konflikte, in dem sie geschlossen auftraten, ohne ihre später ausgeprägte Fraktionierung.³⁰

24 Klaus Weinbauer, *Schutzpolizei in der Bundesrepublik. Zwischen Bürgerkrieg und Innerer Sicherheit. Die turbulenten sechziger Jahre.* Paderborn u. a. 2003, S. 298.

25 Vgl. ebd., S. 302-304.

26 Vgl. Bauer/Supplitt (wie Anm. 17), S. 326.

27 Kutz-Bauer (wie Anm. 21), S. 23.

28 Die bisher genaueste Beschreibung der Ereignisse bei Uwe Soukup, *Wie starb Benno Ohnesorg? Der 2. Juni 1967.* Berlin 2007.

29 Der 2. Juni 1967 gilt gemeinhin als der entscheidende Moment in der Entwicklung des deutschen „1968“. Scheibe beschreibt ihn als den Tag, „der alle Befürchtungen von einem autoritären Staat zu bestätigen schien“. Moritz Scheibe, *Auf der Suche nach der demokratischen Gesellschaft.* In: Ulrich Herbert (Hg.), *Wandlungsprozesse in Westdeutschland. Belastung, Integration, Liberalisierung 1945-1980.* Göttingen 2002, S. 245-277, hier S. 264.

30 Deshalb muss der 2. bzw. 3. Juni 1967 mit Kutz-Bauer (wie Anm. 21), S. 21 und gegen Jendrowiak (wie Anm. 14), S. 118 f. sowie Vogel (wie Anm. 14), S. 41 als erstes Schlüsselereignis für die Studentenbewegung in Hamburg angesehen werden, nicht erst der 9. November 1967.

Brisanz erhielt die Situation in Hamburg noch dadurch, dass der Schah direkt nach seinem Aufenthalt in West-Berlin die Hansestadt besuchte, wo er am 3. Juni unter großem Aufwand empfangen wurde. Durch die Nachrichten des Vortages betroffen, demonstrierten vor allem Studierende gegen den Schah und die sich abzeichnende Vertuschung der Berliner Gewaltexzesse.³¹ Erneut ging die Polizei brutal vor,³² neu war aber, dass zahlreiche Hamburger Bürgerinnen und Bürger den Einsatz der Polizei bejubelten und die Demonstranten beschimpften.³³

Neben der öffentlichen Aufregung zogen die Ereignisse auch inneruniversitär Kreise. Die Studierendenschaft forderte den Akademischen Senat in seiner Sitzung am 6. Juni 1967 auf, zu den beiden Vorfällen Stellung zu nehmen. Die Haltung der Ordinarien aber war klar: Solange die Umstände der Erschießung Ohnesorgs nicht gerichtlich geklärt seien, könne man sich nicht positionieren. Geäußert wurden lediglich „Bestürzung und Anteilnahme“ über den „gewaltsamen Tod eines Studenten“. Statt Schuld zuzuweisen, habe jeder „an seinem Platz einer Entwicklung zu wehren, die zur Wiederholung solcher Vorgänge führen kann“.³⁴ Einen Lehrveranstaltungsausfall für die Teilnahme an der Trauerfeier für Ohnesorg lehnte der Akademische Senat ab – aus Angst, es könne in der Öffentlichkeit der Eindruck entstehen, die Universitätsleitung unterstütze den Protest.³⁵

Dieser Beschluss offenbarte die Unfähigkeit der Universitätsleitung, auf die aktuellen Ereignisse angemessen zu reagieren. Als Antwort verabschiedete das Studentenparlament die „Parlamentsdrucksache 116 b“,³⁶ die die studentische Enttäuschung und Verbitterung zum Ausdruck

31 Vgl. Die dreißig Stunden des Schah-Besuchs. In: Hamburger Abendblatt vom 5.6.1967, S. 4.

32 Ein Scan der zeitgenössischen studentischen Dokumentation der Übergriffe findet sich online unter http://www.mao-projekt.de/BRD/NOR/HBG/Hamburg_Hochschulen_1967_Schahbesuch.shtml [zuletzt besucht am 17.12.2012].

33 Vgl. Weinhauer (wie Anm. 24), S. 304-307. Bei späteren Veranstaltungen wurden Studenten von aufgebrachtten Bürgern in der U-Bahn sogar verprügelt. Vgl. Kutz-Bauer (wie Anm. 21), S. 22.

34 StA Hbg., 364-5 II, Abl. 1993/01 Nr. 20-10.3, Bd. 1, Bl. 1, Niederschrift über die 308. (außerordentliche) Sitzung des Akademischen Senats am Dienstag, dem 6.6.1967, S. 7.

35 StA Hbg., 364-5 II, Abl. 1993/01 Nr. 20-10.3, Bd. 1, Bl. 1, Niederschrift über die 308. (außerordentliche) Sitzung des Akademischen Senats am Dienstag, dem 6.6.1967, S. 9.

36 StA Hbg., 364-5 II, Abl. 1993/01 Nr. 20-10.3, Bd. 1, Bl. 7, Parlamentsdrucksache 116 b.

brachte. Auch wollten die Studierenden ihre Gremientätigkeit ruhen lassen, bis es öffentliche Gespräche zwischen Rektor und Studierendenvertretern gegeben habe.



Abb. 1: Trotz fehlender Unterstützung durch den Akademischen Senat war die Trauerfeier für Benno Ohnesorg auf dem Campus der Universität am Mittag des 7. Juni 1967 gut besucht

In den Ereignissen dieser Tage liegt der Kern für die folgende Veränderung der studentischen Strategie: Was hatten der Pragmatismus der Studierenden, ihre aktive Gremienarbeit und ihre Unterstützung langsamer institutioneller Reformen gebracht, wenn der Akademische Senat nach der Erschießung eines Berliner Kommilitonen dennoch über ihren Kopf hinweg entschied und die Solidarisierung verweigerte?

Eine Zeit schwindenden Vertrauens – Juni 1967 bis Dezember 1968

Auf diese neue Situation versuchte der Rektor, der Mediziner Karl-Heinz Schäfer, anfänglich mit vorsichtigem Entgegenkommen zu reagieren. Dabei wurde er jedoch von der einflussreichen Dekanekonferenz gebremst, die unter anderem eine geplante dauerhafte Gesprächsgruppe

zwischen Rektor und Studierenden als „Nachgiebigkeit“ interpretierte.³⁷ Lediglich einzelne Gespräche seien zu akzeptieren, und auch das nur, wenn man sich die studentischen Vertreter dafür aussuchen könne.³⁸ Guten Beziehungen zwischen Universitätsleitung und Studierenden waren solche Vorgaben nicht eben förderlich; dennoch nahmen die studentischen Vertreter im Akademischen Senat ihre reguläre Tätigkeit bald wieder auf.³⁹

Die inzwischen legendäre Muff-Aktion bei der Rektoratsübergabe am 9. November 1967, bei der die beiden ehemaligen AStA-Vorsitzenden Detlev Albers und Gert Hinnerk Behlmer dem Professorenzug ein Transparent mit der Aufschrift „Unter den Talaren Muff von 1000 Jahren“ vorantrugen,⁴⁰ war eine Folge der oben geschilderten Ereignisse und erreichte vor allem eines: öffentliche Aufmerksamkeit.⁴¹ Nach innen stellte die Aktion eine Fortsetzung und Verschärfung der seit Monaten andauernden Konflikte dar; einerseits erhöhte sie noch einmal das studentische Mobilisierungspotenzial,⁴² andererseits führte sie dazu, dass der neue Rektor, der Wirtschaftswissenschaftler Werner Ehrlicher, kurzerhand die studentischen Angelegenheiten für die nächste Sitzung des Akademischen Senats von der Tagesordnung strich.⁴³

37 Vgl. StA Hbg., 364-5 II, Abl. 1993/01 Nr. 20-10.3, Bd. 1, Bl. 11, Niederschrift über die Dekanekonferenz am Dienstag, dem 27.6.1967, S. 1.

38 StA Hbg., 364-5 II, Abl. 1993/01 Nr. 20-10.3, Bd. 1, Bl. 24, Auszug aus der Niederschrift über die Besprechung des Rektors mit den Dekanen vom 11.7.1967.

39 Vgl. StA Hbg., 364-5 II, Abl. 1993/01 Nr. 20-10.3, Bd. 1, Bl. 13, Auszug aus dem Protokoll über die Sitzung des Universitätssenats [= Akademischer Senat] vom 30.6.1967, S. 6.

40 Es handelt sich um eines der meisterwähnten Ereignisse in der Forschung zu Universitäten um „1968“. Vgl. jetzt grundlegend und erstmals auf breiter Quellenbasis Rainer Nicolaysen, Stichtag: 9. November 1967. „Unter den Talaren Muff von 1000 Jahren“. Ein Hamburger Studentenprotest trifft den Nerv der Ordinarienuniversität. In: 19 Tage Hamburg. Ereignisse und Entwicklungen der Stadtgeschichte seit den fünfziger Jahren. Hg. von der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg. München/Hamburg 2012, S. 111-128.

41 Das „Hamburger Abendblatt“ vom 9. November 1967 berichtete auf Seite 1 und widmete fast die gesamte zweite Seite dem Thema – durchaus mit Sympathie für die Anliegen der Studierenden.

42 Dies bestätigen auch Aussagen in qualitativen Interviews, in denen viele bedauerten, bei dem Ereignis nicht dabei gewesen zu sein; Uwe Reimer, „1968“ in der Schule. Erfahrungen Hamburger Gymnasiallehrerinnen und -lehrer. Hamburg 2000, S. 264 f.

43 Vgl. StA Hbg., 364-5 II, Abl. 1993/01 Nr. 20-10.3, Bd. 1, Bl. 48, Offener Brief des AStA an Rektor Ehrlicher am 23.11.1967.

Trotz harter Kontroversen kam es aber nicht zu einem Abbruch der Gespräche zwischen AStA und Universitätsleitung.⁴⁴ Der Rektor stellte sich kaum eine Woche später einer öffentlichen Diskussion, die wegen ihrer Länge sogar einen Tag später fortgesetzt wurde.⁴⁵ Auch der studentische Kontakt zur Politik und zu den bürgerlichen Vereinen brach nicht ab.⁴⁶ Dies entsprach dem typischen Modus an der Universität Hamburg: Die Gespräche wurden hitziger und manchmal abgebrochen, aber nie ausgesetzt. Dennoch wuchs der Konflikt im Inneren der Universität an, wie zwei Ereignisse schlaglichtartig zeigen.

Das erste ist der „Fall Oberlercher-Wenke“, der durch die Kritik des Studenten Reinhold Oberlercher (Sozialistischer Deutscher Studentenbund [SDS]) an einer Vorlesung des Pädagogik-Professors Hans Wenke entstand, in der er ihn einen „alternden Ideologe[n] des pädagogischen Hitlerismus“⁴⁷ nannte. Dieser Konflikt spaltete die Universität und zog sich über den Winter 1967/68 hin.⁴⁸ Dabei wirkte auch die Universitätsleitung nicht gerade deeskalierend, als sie mit einem später als „Notwehrplakat“ bezeichneten Aushang alle Studierenden aufforderte, bei weiteren Störungen in Vorlesungen „zur Beseitigung der Störung beizutragen“.⁴⁹

44 Selbst nach der Streichung der studentischen Angelegenheiten betonte Rektor Ehrlicher, dass er „nach wie vor zu jedem sachlichen Gespräch bereit“ sei. StA Hbg., 364-5 II, Abl. 1993/01 Nr. 20-10.3, Bd. 1, Bl. 45/1, Antwortschreiben des Rektors der Universität Hamburg vom 27.11.1967 auf das offene Schreiben des Allgemeinen Studenten-Ausschusses vom 23.11.1967.

45 Vgl. StA Hbg., 364-5 II, Abl. 1993/01 Nr. 20-10.3, Bd. 1, Bl. 39, Einladungsplakat zur öffentlichen Diskussion am 15.11.1967. Die Fortsetzung wurde aber abgebrochen, da sich die anwesenden Professoren von einem Zwischenruf beleidigt fühlten. Vgl. StA Hbg., 364-5 II, Abl. 1993/01 Nr. 20-10.3, Bd. 1, Bl. 42, AStA-Info, Nr. 9 vom 17.11.1967.

46 Vgl. Kutz-Bauer (wie Anm. 21), S. 23-25, die sich an Treffen mit der Fraktionspitze der CDU und anderer Parteien, aber auch mit dem Rotary-Club oder Hamburger Frauenorganisationen erinnert.

47 Reinhold d. J. Oberlercher: Wenke – oder die Unmöglichkeit einer Rezension. In: auditorium 8 (1967), Nr. 50, S. 9, online: http://www.mao-projekt.de/BRD/NOR/HBG/Hamburg_Hochschulen_1967-1968_Braune_Universitaet.shtml [zuletzt besucht am 17.12.2012].

48 Vgl. den Kurzüberblick bei Micheler/Michelsen (wie Anm. 14), S. 99 f.; StA Hbg., 364-5 II, Abl. 1993/01 Nr. 20-10.3, Bd. 2, Bl. 12, Informationen für die Mitglieder des Lehrkörpers, Nr. 12 vom 8.12.1967 [eine Pressemitteilung Wenkes]; ebd., Bl. 13, AStA-Info, Nr. 13 vom 11.12.1967; ebd., Bl. 32, Beschluß der Philosophischen Fakultät vom 16.12.1967 [eine Solidaritätserklärung mit Wenke]; dazu „Irre geworden“. In: Der Spiegel, Nr. 52 vom 18.12.1967, S. 60 f.

49 StA Hbg., 364-5 II, Abl. 1993/01 Nr. 20-10.3, Bd. 2, Bl. 58, Plakat „An die Studenten“ vom 29.12.1967.

Nach den Ereignissen bei der Muff-Aktion markierte diese Auseinandersetzung einen neuen Tiefpunkt im Verhältnis von Universitätsleitung und Studierenden, der nur noch durch das zweite wichtige Ereignis, eine im Januar 1968 folgende Urabstimmung, übertroffen wurde: Dort entzogen bei einer Wahlbeteiligung von 45,2 Prozent immerhin 60 Prozent der abstimmenden Studierenden Rektor Ehrlicher das Vertrauen.⁵⁰

Dennoch wurde die Zusammenarbeit nicht eingestellt, und so erweckte die Universität in der Öffentlichkeit auch nicht den Eindruck einer blockierten Einrichtung. Die „Welt“ zitierte im selben Monat Schulsenator Wilhelm Drexelius, wonach sich die Hochschule in einem Zustand „heilsame[r] Unruhe“ befand.⁵¹ Auch das „Handelsblatt“ berichtete mit Sympathie von den reformerischen Ansätzen des AStA, dessen Vorsitz inzwischen der öffentlichkeitswirksame Jens Litten übernommen hatte.⁵² Tatsächlich liefen innere Reformbemühungen parallel zu Provokationen: Mal wurde die Studienordnung kritisiert, mal die Erweiterung von Gremien um studentische Vertreter gefordert, mal wurden Prüfungsordnungen überarbeitet.⁵³

Diese brüchige, aber vorhandene Kommunikationsbasis wurde auch am 11. April 1968 sichtbar, dem Tag des Attentats auf Rudi Dutschke in West-Berlin. Der Mordversuch an dem bekanntesten Vertreter der westdeutschen Studentenbewegung löste auch in Hamburg eine Reihe von Protestaktionen aus, die sich vor allem gegen Gebäude und Auslieferungsfahrzeuge des Axel-Springer-Verlages richteten und harte Reaktionen der Polizei hervorriefen.⁵⁴ Der Akademische Senat der Universität zeigte sich erschrocken über den Gewaltausbruch. Rektor Ehrlicher sprach Jens Litten seinen Dank aus, weil er davon ausging, dieser habe größere Gewalteskalationen, wie sie vom SDS gewünscht worden seien, verhindert.⁵⁵ In einer Erklärung verurteilte der Akademische Senat die

50 Vgl. Micheler/Michelsen (wie Anm. 14), S. 104.

51 Drexelius: „Die Universität ist intakt“. In: Die Welt vom 24.1.1968, S. 11.

52 Hochschulreform durch Happening. In: Das Handelsblatt vom 11.1.1968, S. 12.

53 Vgl. z. B. StA Hbg., 364-15/1, 795, o. Bl., Entwurf für eine Institutssatzung für das Seminar für Sozialwissenschaften vom 26.11.1968; ebd., o. Bl., Phil-Info, Nr. 3 [ohne Datum] mit der Forderung nach Drittelparität; ebd., o. Bl., INVLBWLFO, Nr. 1 vom 23.10.1968 zu der Arbeit an der Prüfungsordnung bei den Wirtschaftswissenschaftlern.

54 Vgl. zu den Demonstrationen Weinhauer (wie Anm. 24), S. 310-315 sowie die Artikel im Hamburger Abendblatt vom 13.4.1968, S. 3 und vom 16.4.1968, S. 1-3.

55 Vgl. StA Hbg., 364-5 II, Abl. 1993/01 Nr. 28-30 S1, Bl. 35, Auszug aus dem Protokoll über die Sitzung des Universitätssenats vom 19.4.1968, S. 1.

Gewalt und forderte einen parlamentarischen Untersuchungsausschuss – auch wegen des Verhaltens der Polizei.⁵⁶ Hier zeigte sich einmal mehr die Möglichkeit, mit der Universitätsleitung auch in angespannten Situationen zu kooperieren, wenn auch inzwischen um den Preis der Uneinigkeit der Studierenden. Im Gegensatz zum häufig verbreiteten Bild des Dauerkonflikts zwischen Studierenden und ihren Universitätsleitungen zeigt sich in Hamburg also ein differenzierteres Bild. Das in langen Jahren erarbeitete Vertrauen war noch nicht völlig aufgebraucht.



Abb. 2: Räumung einer Straßenblockade während der Proteste gegen den Axel-Springer-Verlag in Hamburg am 14. April 1968 anlässlich des Attentats auf Rudi Dutschke

Der folgende Monat Mai war in Hamburg wie in vielen anderen Städten geprägt von der Debatte um die Notstandsgesetze, gegen die es erneut zu großen Demonstrationen kam. In der Hansestadt wurden sie anfangs aber gegen den Widerstand des AStA organisiert.⁵⁷ Ein koordinierter Vorlesungsstreik blieb aus, weil die Vollversammlung sich nicht auf eine

⁵⁶ Vgl. StA Hbg., 364-5 II, Abl. 1993/01 Nr. 28-30 S1, Bl. 36, S. 5 f.

⁵⁷ Zum 1. Mai hin hatte der AStA einen Demonstrationsstopp im Studentenparlament durchgesetzt, der nach der Verhaftung Karl-Heinz Roths am 2. Mai aufgehoben wurde. Vgl. Detlev Albers, Ostern 1968. Verlauf der Aktionen in Hamburg (II). In: Das Leben ändern, die Welt verändern! 1968. Dokumente und Berichte. Hg. von Lutz Schulenburg. Hamburg 1998, S. 149-154, hier S. 150 f.

gemeinsame Form einigen konnte. Darüber hinaus scheiterte ein Bündnis mit dem DGB, und auch ein loser Schulterschluss mit kooperationswilligen Betriebsräten verlief sich nach der Verabschiedung der Notstandsgesetze schnell.⁵⁸ Kleinere Aktionen auf dem Campus und die Gremientätigkeit gingen auch im Sommer 1968 weiter, aber für größere Aktivitäten fehlte den Beteiligten offenbar die Kraft.

Im Wintersemester 1968/69 konzentrierten sich die Studierenden wesentlich auf die eigene Universität. Hier dominierten neben dem Sturz des Wissmann-Denkmal⁵⁹ und der Diskussion um das neue Hochschulgesetz Themen, die mit dem Psychologischen Institut verknüpft waren. Dieses litt, wie viele andere Institute auch, schon lange unter Personal-mangel.⁶⁰ Lediglich drei Ordinarien betreuten die ungefähr 500 Studierenden: Kurt Pawlik, Peter R. Hofstätter und Reinhard Tausch, wobei dessen Lehrstuhl zusätzlich noch der Pädagogischen Psychologie gewidmet war.⁶¹ Alle drei standen bei Teilen der Studierenden in der Kritik.⁶² Pawlik wurde besonders zum Vorwurf gemacht, er habe die Erteilung einer Prüfungsgenehmigung für Assistenten verschleppt.⁶³ Deshalb und

58 Vgl. ebd., S. 149-154.

59 Studierende hatten schon im August 1967 versucht, das Kolonialdenkmal des Afrikaforschers Hermann von Wissmann zu stürzen, waren aber erst im September 1967 erfolgreich. Anlässlich des Prozesses gegen diese Gruppe am 6. November 1968 war am 31. Oktober 1968 das inzwischen wiederaufgestellte Denkmal erneut gestürzt worden. Vgl. Peter Schütt, Von Basbeck am Moor über Moskau nach Mekka. Stationen einer Lebensreise. Asendorf 2009, S. 116-120; zum ersten Sturzversuch: Wissmann-Denkmal sollte umgestürzt werden. In: Hamburger Abendblatt vom 9.8.1967, S. 4; zum ersten erfolgreichen Sturz: Denkmal gestürzt. In: Hamburger Abendblatt vom 27.9.1967, S. 3; zum zweiten Sturz: Jetzt steht Wissmann in der Mensa. In: Hamburger Abendblatt vom 2./3.11.1968, S. 12.

60 Schon im Dezember 1967 hatte der Leiter der Fachschaft an den Schulsenator appelliert und u. a. die Einstellung von drei weiteren wissenschaftlichen Räten gefordert. StA Hbg., 364-5 II, Abl. 1993/01 Nr. 20-10.3, Bd. 2, Bl. 56, Fachschaftsleiter Dr. Olbrich an den Präses der Schulbehörde am 28.12.1967.

61 Vgl. die tabellarischen Übersichten in Universität Hamburg 1919-1969 (wie Anm. 17), S. 224 f. und 248.

62 Über Pawlik hieß es, er lehre lediglich „Faktenkult“ und „längst verstorben[e] Theorie“, an Hofstätter wurde sein Hang zu „Bildungsprotzerei“ mit lateinischen und altgriechischen Anspielungen kritisiert. Tausch hingegen pflege Vorlesungen „für den idealen Lehrer [...]: naiv, aber herzenswarm“. HBfUG, Ordner „WS 1968/69“, Flugblatt „Wir wollen unsere Vorlesungen hören!“ [ohne Datum; vermutlich Januar 1969]. Die in dieser Arbeit zitierten Ordner in der HBfUG sind chronologisch sortiert und ohne Blattzählung.

63 Warum Besetzung? In: unilife, Nr. 4 vom 10.2.1969, S. 2 [Exemplare der zehn 1968/69 erschienenen Nummern von unilife befinden sich in der HBfUG].

weil kolportiert wurde, er sei ab Ende 1966 Mitglied einer Planungsgruppe der Polizei gewesen, die Einsatzstrategien für Großveranstaltungen mit Jugendlichen entwickeln sollte,⁶⁴ regte sich großer Protest, als er zum Dekan der Philosophischen Fakultät gewählt werden sollte. Studierende ließen seine Wahl am 11. Dezember 1968 platzen, sodass er sieben Tage später unter Polizeischutz im Museum für Hamburgische Geschichte gewählt werden musste.⁶⁵

Als weiteres Eskalationsmoment kam das neue Universitätsgesetz hinzu. Wie in anderen Bundesländern wurde auch in Hamburg schon lange hitzig über eine Universitätsreform gestritten.⁶⁶ Die Debatte hatte sich jahrelang hingezogen und immer neue Vorschläge hervorgebracht, die kontrovers diskutiert wurden. Dies galt sowohl für den ersten Entwurf, der schon im September 1967 wieder zurückgezogen werden musste,⁶⁷ als auch für den stark überarbeiteten zweiten Entwurf vom 4. Juni 1968,⁶⁸ der immer noch zentrale Forderungen vieler Studierender, wie etwa die Drittelparität, vermissen ließ.⁶⁹ Zugleich machte die verstärkte Aufsichtsfunktion der Behörde Professoren wie Studierenden gleichermaßen Sorgen.⁷⁰

64 Vgl. u. a. HBfUG, Ordner „WS 1968/69“, Phil-Info, Nr. 12: Not wanted! [ohne Datum, vermutlich zwischen dem 10. und 12.1.1969].

65 Beim Namen genannt. In: unilife, Nr. 2 vom 8.1.1969, S. 2.

66 Vgl. hierzu grundlegend Malte Habscheid: Studentenbewegung und Hochschulreform. Die Entstehung des Hamburger Universitätsgesetzes von 1969. Geschichtswissenschaftliche Magisterarbeit, Universität Hamburg 2009. Ihm sei herzlich für die Möglichkeit zur auszugsweisen Einsicht gedankt. Habscheid arbeitet momentan an einer Dissertation zum selben Themenbereich. Ebenfalls aufschlussreich ist ein vom SPD-Hochschulexperten Walter Tormin 1998 verfasster, unveröffentlichter Aufsatz; HBfUG, Ordner „Tagung: 30 Jahre Muff“, Walter Tormin, Die Entstehung des Hamburger Universitätsgesetzes von 1969. Persönliche Erinnerungen.

67 Vgl. Jendrowiak (wie Anm. 14), S. 122.

68 StA Hbg., 364-15/1, 746, o. Bl., Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg, 6. Wahlperiode, Drucksache 1368, Entwurf eines Gesetzes über die Universität Hamburg vom 4.6.1968.

69 Diese hatten linke Studierende schon lange gefordert, besonders deutlich Detlev Albers, Demokratisierung der Universität. Hamburg 1967. Die Schrift erschien 1967 als Nr. VI/67 in der Reihe „AStA-Dokumente“ in drei unveränderten Auflagen.

70 So verabschiedete der Akademische Senat gemeinsam eine Resolution gegen den Entwurf. Vgl. HBfUG, Ordner „UniG 1964-1969“, Informationen 49 vom 21.6.1968.

Um das aufkommende Legitimationsdefizit zu beseitigen, initiierte der SPD-Bürgerschaftsabgeordnete Hans-Ulrich Klose eine Arbeitsgruppe, die in 15 Sitzungen von August bis Oktober 1968 Änderungsvorschläge erarbeitete. Ihr Kompromiss („Klose-Papier“⁷¹) wurde vom AStA schließlich als „Minimal-Programm“ akzeptiert, unter der Voraussetzung, dass daraus „auch kein! Punkt mehr gestrichen werden darf“.⁷² Die SPD-Fraktion machte sich aber nur einen Teil der Änderungsanträge zu eigen – die mühsam erarbeitete Kompromissformel zerbrach.⁷³ Als auch eine Diskussion mit Parteivertretern sowie Senator Drexelius am 25. November 1968 außer Konfetti- und Bananenschalenwürfen keine Neuerungen brachte,⁷⁴ schaltete das Studentenparlament auf Konfrontation: Die Vorbereitungen zum Streik, dem nächsten großen Wendepunkt, begannen am 9. Januar 1969.⁷⁵

Exkurs: Fraktionierung der Studierendenschaft

Bei der Betrachtung von „1968“ kommt oft zu kurz, dass es zu fast jeder Sachfrage unter den Studierenden verschiedene Meinungen gegeben hat – oder auch Indifferenz. Diese Unterschiede verstärkten sich in Hamburg nach dem 2. Juni 1967 deutlich: Auch die Polarisierung studentischer Ansichten ist also ein Ergebnis des Hamburger „1968“.

Einen Ort der Konflikte zwischen den verschiedenen studentischen Gruppen bildete der AStA. Er war in Hamburg von einer erstaunlichen Kontinuität geprägt, wurde er doch in den Jahren 1967 und 1968 wesentlich vom Sozialdemokratischen Hochschulbund (SHB) bestimmt. Die Gruppe zerfiel allerdings in zwei Flügel: ein eher realpolitisch orientiertes Lager um Björn Pätzoldt und Jens Litten und ein sich selbst als „linken SHB-Flügel“⁷⁶ verstehendes Lager um Detlev Albers und Gert Hinnerk

71 Vgl. StA Hbg., 364-15/1, 746, o. Bl., Betr. Universitätsgesetz, 15.9.1968 sowie ebd., o. Bl., Betr. Universitätsgesetz [ohne Datum, vermutlich Ende Oktober/Anfang November 1968].

72 HBfUG, Ordner „WS 1968/69“, AStA-Sonderinfo vom 6.11.1968.

73 Wahrscheinlich geschah dies auf der Fraktionssitzung am 15. November 1968, über die aber keine Unterlagen mehr existieren. Vgl. Tormin (wie Anm. 66), S. 8.

74 Vgl. StA Hbg., 364-5 II, Abl. 1973 Nr. 90-70.11, Bd. 5, o. Bl., jus-info, Nr. 2 vom 22.11.1968; Micheler/Michelsen (wie Anm. 14), S. 109.

75 Vgl. StA Hbg., 364-15/1, 199, o. Bl., Kurzprotokoll der 252. Sitzung des Studentenparlaments vom 9.1.1969, S. 7-11.

76 Detlev Albers, Ostern 1968: Verlauf der Aktionen in Hamburg (I). In: Das Leben ändern (wie Anm. 57), S. 141-144, hier S. 142.

Behlmer, die ehemaligen AStA-Vorsitzenden von 1966/1967. Die Trennlinie markierte der Umgang mit dem SDS: Während der linke Flügel perspektivisch eine Wiedervereinigung mit ihm anstrebte,⁷⁷ lehnte der realpolitische Flügel den SDS ab und verstand sich als dessen politischer Konkurrent.⁷⁸ Ab Juli 1967 gewann letztgenannte Fraktion die Mehrheit im SHB und trickste Helga Bauer, die mindestens vage zum Albers-Lager gehörte, aus dem AStA-Vorstand heraus.⁷⁹ Von da an intensivierte der linke Flügel seine Zusammenarbeit mit dem SDS.⁸⁰

Zusammen opponierten sie gegen die Politik des realpolitischen Teils des SHB, die durch eine Strategie gekennzeichnet war, die der AStA-Vorsitzende Pätzoldt als Provokation bei Beachtung des „Postulat[s] der Verhältnismäßigkeit der Mittel“ bezeichnete.⁸¹ Was dies bedeutete, zeigt die Störung bei der Rektoratsübergabe 1967: Zwar karikierte die studentische Aktion den Ablauf und ähnelte einem Verfremdungseffekt. Doch zugleich hielt Pätzoldts argumentativer und bewusst unpolemischer Redebeitrag während der Feier ein Gesprächsangebot offen. Danach hatte sich der realpolitische Flügel aber stark auf die Gremienarbeit konzentriert und auf offene Provokationen zunehmend verzichtet. Diese Politik endete erst, als Jens Litten im Oktober 1968 den AStA-Vorsitz, den er im Februar 1968 übernommen hatte, abgeben musste und schließlich Anfang November aus dem SHB ausgeschlossen wurde – angeblich, weil er zu viel Nähe zum Ring Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS) gezeigt hatte.⁸² Bis zum Januar 1969 bildeten Norbert Jankowski (bis 1968 SHB, danach Unabhängiger) und Jochen Grote (RCDS) den AStA-Vorstand.

Der SDS war in Hamburg relativ spät ins Studentenparlament eingezogen und konnte erst bei den Wahlen im Januar 1969 reüssieren, nach denen er zusammen mit der Humanistischen Studenten-Union (HSU),

77 Vgl. ebd.

78 Ausführlich formuliert in Jens Litten, *Eine verpasste Revolution? Nachruf auf den SDS*. Mit einem Vorwort von Günter Grass. Hamburg 1969.

79 So erinnert sich Kutz-Bauer (wie Anm. 21), S. 27.

80 So z. B. bei dem geplanten Sturm auf eine Sitzung des Akademischen Senats am 15. Dezember 1967. Vgl. *StA Hbg.*, 364-5 II, *Abl.* 1993/01 Nr. 20-10.3, Bd. 2, Bl. 44, Entwurf Wochenbericht vom 11. bis 16.12.1967 [ohne Datum]; ebd., Bl. 29, *AStA-Info*, Nr. 17 vom 18.12.1967; ebd., Bl. 35, *Parlamentsdrucksache* 200.

81 *StA Hbg.*, 364-5 II, *Abl.* 1973 Nr. 57-90.11/1, o. Bl., *Persönliche Erklärung des AStA-Vorsitzenden Björn Pätzoldt zur 234. Sitzung des Studentenparlaments am 1.2.1968*, S. 2.

82 Vgl. Jens Litten: *Studentenschaft ist irritiert*. In: *Hamburger Abendblatt* vom 7.11.1968, S. 6.

dem wieder nach links gerutschten SHB und dem Liberalen Studentenbund Deutschlands (LSD) den AStA stellte.⁸³ Zuvor war die Bedeutung des SDS in Hamburg eher gering gewesen, sieht man von den Dauerprovokationen der „Basisgruppe Pädagogik“ um Reinhold Oberlercher ab. Keineswegs aber war er der entscheidende Akteur, zu dem ihn manche damalige wie spätere Medien machen wollten.⁸⁴

Neben diesen politischen Gruppen gab es noch die große Zahl der nicht organisierten Studierenden. Ihre Meinungen und Einstellungen blieben diffus und sind methodisch schwer zu ermitteln. Zwar zeigt die Tatsache, dass viele Vorlesungsstörungen von ihren Hörern verhindert wurden,⁸⁵ dass zumindest diese Methode bei einer Mehrheit auf Ablehnung traf.⁸⁶ Der Erfolg der Urabstimmung gegen Rektor Ehrlicher im Januar 1968 hingegen beweist, dass Unzufriedenheit allgemein verbreitet war. Da die Wahlbeteiligung aber dort wie auch bei späteren Wahlen und Urabstimmungen nie über 50 Prozent stieg, handelt es sich nicht um ein repräsentatives Bild der Studierendenschaft. Dasselbe gilt für Vollver-

83 Vgl. Micheler/Michelsen (wie Anm. 14), S. 110 f.

84 Der „Spiegel“ bezeichnete ihn damals als „Hamburgs Dutschke“; „Irre geworden“. In: Der Spiegel, Nr. 52 vom 18.12.1967, S. 60 f., hier S. 60. Freilich strickte Oberlercher damals wie später selbst an diesem Mythos, z. B. mit Zeitungsartikeln wie Zweitausend Studenten als harter Kern wollten 1968 das System aushebeln (Teil I). Erst Ironie und Ideologie, dann Action und Aktion. In: Rheinischer Merkur/Christ und Welt vom 8.4.1988, S. 28 sowie 1968: Dem Duell mit der Macht folgt der Verrat an Marx – (Teil II). Erst revoltiert, dann promoviert. In: Rheinischer Merkur/Christ und Welt vom 15.4.1988, S. 8. Streckenweise reüssierte er damit: So übernahm Gerhard Hertel aus den genannten Artikeln ohne weitere Quellenkritik die Sicht Oberlerchers auf die Ereignisse des Januar/Februar 1969. Vgl. Gerhard Hertel, Das Problem der Gewalt. In: Dienstjubiläum einer Revolte. „1968“ und 25 Jahre. Hg. von Franz Schneider. München 1992, S. 161-211, hier S. 208 f. Ähnlich verhielt sich 1999 das Fernseh-Magazin „Panorama“, das Oberlercher als „Anführer“ der Studierenden in Hamburg bezeichnete und ihm sogar die Muff-Aktion zuschrieb. Inzwischen gehört Oberlercher dem rechtsextremen „Deutschen Kolleg“ an und vertritt u. a. antisemitische Positionen. Vgl. Von Mao zu Hitler. Studentenfürer von 68 als Rechtsradikale, online: <http://daserste.ndr.de/panorama/archiv/1999/erste7152.html> [zuletzt besucht am 17.12.2012].

85 So z. B. im Falle Oberlerchers, wo ihm nach Weigerung, den Raum zu verlassen, Kommilitonen „tätliche Nachhilfe“ anboten; AStA-Info, Nr. 12 vom 5.11.1967. Auch unterschrieben 577 Studierende eine Resolution gegen Oberlerchers Störungen; Informationen für die Mitglieder des Lehrkörpers, Nr. 15 vom 22.12.1967, S. 4. Ersteres Dokument StA Hbg., 364-5 II, Abl. 1993/01 Nr. 20-10.3, Bd. 1, Bl. 35/3, letzteres StA Hbg., 364-5 II, Abl. 1993/01 Nr. 20-10.3, Bd. 2, Bl. 47.

86 So urteilt, allerdings bezogen auf Hessen und Bayern, auch Rohstock (wie Anm. 13), S. 244-248.

sammlungen: Sie erreichten im untersuchten Zeitraum nie mehr als 3000 Teilnehmer – „1968“ bedeutet also zumindest in Hamburg keine überwältigende Beteiligung an universitärer Demokratie. Trotzdem müssen die Abstimmungsergebnisse als Ausdruck der demokratischen Willensbildung ernst genommen werden, denn die Möglichkeit zur Beteiligung war allen gegeben, und Vollversammlungen wurden stark beworben.

Der Streik und die Besetzungen im Philosophenturm vom 28. Januar bis 5. Februar 1969

Dies galt auch für den Streik und die folgende Phase der letzten Januar- und der ersten Februarwoche – allein 100.000 Seiten wurden nach Angaben des AStA mit Informationen und Aufrufen bedruckt.⁸⁷ Dieser Abschnitt der Universitätsgeschichte markiert die zweite große Zäsur in der Hamburger Variante von „1968“. Bis dahin waren Gespräche und Verhandlungen zwischen den unterschiedlichen Gruppen an der Universität auch unter erschwerten Bedingungen möglich gewesen und mittelbar konnten sogar die radikalen Studierenden noch erreicht werden, da der linke SHB-Flügel als Vermittlungsinstanz diente. Aber dieser eingespülte Modus änderte sich nun.

Formal gaben die gescheiterten Modifikationen am Entwurf des Hochschulgesetzes den Anlass zum Streik, der jedoch nur durch die Linksrutschwahl Ende Januar 1969 politisch möglich geworden war. Im Hintergrund schwebte aber der über eineinhalb Jahre lang entstandene Vertrauensverlust der Studierenden in ihre Universitätsleitung sowie Zweifel am Willen der Politiker, eine Hochschulreform in ihrem Sinne durchzuführen, mit. Im Folgenden sollen die Ereignisse der oben genannten neun Tage analysiert werden, wobei auf eine minutiöse Rekonstruktion aus Platzgründen verzichtet wird, obwohl sie von der Quellenlage her möglich wäre.⁸⁸

Zwei Faktoren bestimmten das Zerwürfnis der Studierenden mit der Universitätsleitung: die Erwartungshaltung des Rektors, dass Aktionen der Studierenden zumindest hinter vorgehaltener Hand mit ihm abgesprochen werden müssten, und die Überschreitung symbolischer Grenzen durch die Studierenden. Dies begann schon bei den ersten Aktionen, die einem Frühstart gleichkamen: Eine studentische Urabstimmung hatte

87 Tagebuch eines Kampfes. In: unilife, Nr. 4 vom 10.2.1969, S. 3 f. und 6, hier S. 4.

88 Ausführlich dazu Lengowski (wie Anm. 1), S. 37-65.

den Zeitraum vom 29. bis 31. Januar 1969 für den Streik gegen das Hochschulgesetz festgelegt,⁸⁹ tatsächlich aber wurde auf Beschluss der Vollversammlung der Philosophischen Fakultät schon am 28. Januar das Psychologische Institut im 2. Stock des Philosophenturms besetzt und zum „1. befreiten Institut“ erklärt.⁹⁰



Abb. 3: Gleich nach Beginn der Besetzung des Psychologischen Instituts erklärten die Besetzer es zum „1. befreiten Institut“.

Bei der Besetzung im 2. Stock beschränkten sich die Besetzer nicht wie ursprünglich geplant auf die Einrichtung einer Streikzentrale: Eine kleine Gruppe, die sich „Arbeitsgruppe Technik“ nannte, brach die Büros der Ordinarien Pawlik und Hofstätter auf, um dort „Akteneinsicht“ zu nehmen – also dienstliche und private Unterlagen zu durchsuchen.⁹¹ Die Aktion war heftig umstritten, sodass die Versammlung der Besetzer im Anschluss vier Stunden darüber diskutierte, ob sie zu begrüßen oder

⁸⁹ Vgl. Tagebuch (wie Anm. 87), S. 3.

⁹⁰ So die Aufschrift auf den Fenstern des besetzten Instituts, fotografisch wiedergegeben z. B. auf der Titelseite von unilife, Nr. 4 vom 10.2.1969.

⁹¹ Vgl. HBfUG, Ordner „WS 1968/69“, Dokumentation über die Ereignisse in der Philosophischen Fakultät und ihre Folgen vom 13.2.1969, S. 2.

abzulehnen sei.⁹² Mitten in diese Diskussion platzten die Dekane, der Philosoph Pierre Aubenque und der Soziologe Janpeter Kob, die der Versammlung mit der Polizei drohten, sollten sie weiter Büros aufbrechen. Die Räume ließen Aubenque und Kob von der Hausverwaltung verschließen.⁹³ Zugleich boten sie aber die Bereitstellung einzelner Seminarräume für Diskussionen an, wenn die Besetzung beendet würde.⁹⁴ Unbeeindruckt beschlossen die Besetzer in der Nacht, erneut in die Ordinarienbüros einzudringen und dort weiter Akten zu sichten.⁹⁵ Für die Universitätsleitung war nun eine Grenze überschritten. Sie bat die Polizei, das Stockwerk zügig zu entsetzen, was gegen 7 Uhr morgens geschah.⁹⁶ Anschließend blieben Zivilpolizisten im Psychologischen Institut, um eine Wiederbesetzung zu verhindern.⁹⁷ Dies war freilich nur teilweise erfolgreich, denn am Morgen des nächsten Tages ergriffen etwa 50 Studierende Besitz von jenem Flügel des Instituts, der nicht von der Polizei kontrolliert wurde.⁹⁸

Die Polizei war auf diesen Einsatz durchaus vorbereitet, beobachtete sie die Geschehnisse auf dem Campus doch von den ersten Momenten an. So befanden sich schon auf der genannten Vollversammlung der Philosophischen Fakultät Polizisten in Zivil.⁹⁹ Von diesem Tag an observierte die Polizei nicht nur den Campus, sondern bei vielen Gelegenheiten auch das SDS-Büro, den AStA und den Republikanischen Klub.¹⁰⁰ Akribisch vermerkten die Beamten namentlich, welche „Rädelsführer“ bei welchen Versammlungen anwesend waren.¹⁰¹ Informationen nahmen sie auch von

92 Vgl. Tagebuch (wie Anm. 87), S. 3.

93 Vgl. Dokumentation (wie Anm. 91), S. 2 f.

94 Vgl. StA Hbg., 364-15/1, 199, o. Bl., Kurzprotokoll der 254. Sitzung des Studentenparlamentes vom 30.1.1969, S. 2.

95 Vgl. Tagebuch (wie Anm. 87), S. 3.

96 Vgl. Dokumentation (wie Anm. 91), S. 3.

97 Vgl. Tagebuch (wie Anm. 87), S. 3.

98 Vgl. StA Hbg., 331-1 II, Abl. 1 Nr. 80 Az 20.16, T. I, o. Bl., Behörde für Inneres – Polizei: Bericht über die Ereignisse in der ersten Februarwoche 1969 vom 10.2.1969, S. 3.

99 Vgl. StA Hbg., 331-1 II, Abl. 1 Nr. 80 Az 20.16, T. I, o. Bl., Zeitplan „Studentenaktion im Uni-Gelände mit dem Ziel der Besetzung des Philosophenturmes“ vom 28./29.1.1969, S. 1.

100 Vgl. z. B. StA Hbg., 331-1 II, Abl. 1 Nr. 80 Az 20.16, T. I, o. Bl., Befehlsstelle Polizei: Meldung Nr. 12 vom 4.2.1969.

101 So nennt eine Sammlung von Funksprüchen vier Studenten namentlich, darunter je ein Mitglied des SDS und des SHB. Vgl. StA Hbg., 331-1, II Abl. 1 Nr. 80 Az 20.16, T. I, o. Bl., Zeitplan „Studentenaktion im Uni-Gelände mit dem Ziel der Besetzung des Philosophenturmes“ vom 28./29.1.1969, S. 3.

Reportern entgegen, wenn diese bereit waren, sie zu teilen – so wie später ein Redakteur der „Bild“.¹⁰²

Bemerkenswert ist die vehemente Reaktion der Universitätsleitung. Sie verdeutlicht, wie einschneidend die Ordinarien die Besetzung empfanden – das Aufbrechen der Büros stellte einen Vertrauensbruch dar, der sie dazu veranlasste, erstmalig auf dem Campus die Polizei gegen die Studierenden einzusetzen. Aber auch viele Studierende witterten Verrat, als sie im Büro von Hofstätter einen Brief fanden, der Absprachen der Ordinarien untereinander belegte, die die Studienreform betrafen und vor den Studierenden geheim gehalten worden waren.¹⁰³

Keineswegs aber waren sich alle Studierenden einig in der Frage, ob die Besetzung angemessen sei. Wie weit die Meinungen auseinandergingen, zeigte die schon lange angekündigte Vollversammlung der Studierenden am Nachmittag des 29. Januar 1969. Knapp 3000 Studierende kamen zusammen und diskutierten die Ereignisse der letzten Tage. Die Sitzung offenbarte zwei Lager: diejenigen, die die Besetzung als Vorwegnahme und Organisationshilfe für den Streik betrachteten, und diejenigen, die sich von ihr distanzieren und besonders das Aufbrechen der Professorenbüros kritisierten.¹⁰⁴ Neben AStA-kritischen Äußerungen während der Diskussion¹⁰⁵ schlug sich dies auch im Abstimmungsverhalten nieder: Trotz zweimaliger Abstimmung per Handzeichen konnte der Sitzungsleiter kein klares Votum feststellen, sodass schließlich ein Hammelsprung angeordnet wurde. Dieser brachte das eindeutige Ergebnis von 1634 zu 1187 Stimmen für eine nachträgliche Legitimierung und Fortsetzung der Besetzung im Psychologischen Institut, das als Streikzentrale dienen sollte.¹⁰⁶

Auf Flugblättern, die kurz darauf in Umlauf gebracht wurden, wunderten sich einige Studierende offen über das nunmehr eindeutige Ergebnis und vermuteten Manipulation. Genährt wurde dies durch die von

102 Vgl. StA Hbg., 331-1 II, Abl. 1 Nr. 80 Az 20.16, T. I, o. Bl., Befehlsstelle Polizei: Meldung 65 vom 6.2.1969.

103 Warum Besetzung. In: unilife, Nr. 4 vom 10.2.1969, S. 2. Vgl. für einen Auszug des Briefes StA Hbg., 331-1 II, Abl. 1 Nr. 80 Az 20.16, T. I, o. Bl., Streikzeitung 1 [ohne Datum; vermutlich 30.1.1969], S. 5.

104 Vgl. Nicht alle Studenten spielen mit. In: Hamburger Morgenpost vom 30.1.1969, S. 8.

105 Vgl. StA Hbg., 331-1 II, Abl. 1 Nr. 80 Az 20.16, T. I, o. Bl., Befehlsstelle Polizei: Meldung 17 a vom 29.1.1969.

106 Vgl. Studenten waren in zwei Lager gespalten. In: Hamburger Abendblatt vom 30.1.1969, S. 4.

einem Studenten kolportierte Aussage, der „Nein-Eingang“ habe acht Minuten länger zum Auszählen gebraucht als der „Ja-Eingang“, obwohl dort doch knapp 450 Studierende weniger durchgegangen seien. Einer der Zähler am „Ja-Eingang“ habe ihm daraufhin gesagt, man habe „es nicht so genau gemacht“.¹⁰⁷ Anhand dieser Vollversammlung wird erkennbar, wie uneinig sich die Studierenden gewesen sind – ein Eindruck, der sich hinsichtlich anderer Diskussionen und Versammlungen immer wieder bestätigt. Unabhängig davon, wer hier im Recht war, zeigen die Ereignisse, mit welch harten Bandagen um die Meinungshoheit gekämpft wurde.

Auf diese Entwicklung reagierte die Universitätsleitung damit, dass sie die Geschehnisse vorerst tolerierte – zumindest bis zum 2. Februar 1969, dem geplanten Ende der Besetzung, wie es von der Vollversammlung beschlossen worden war. Dennoch sah man sich nicht als Adressat der Proteste und damit auch nicht unter Handlungsdruck. Im Nachhinein qualifizierte die Pressestelle den Protest gegen das Hochschulgesetz gar als reinen „Vorwand“ für die Besetzung ab.¹⁰⁸ Tatsächlich aber nutzten die Studierenden die tolerierte Phase für Arbeitsgruppentreffen und Veröffentlichungen gegen das neue Hochschulgesetz, die aber nur zu einem kleinen Teil den Campus verließen.¹⁰⁹ Die Schulbehörde blieb unverbindlich: Sie betonte zwar in einem Aushang vom 29. Januar die Notwendigkeit weiterer Gespräche,¹¹⁰ nannte aber keinen Termin und machte keinen Vorschlag für das Verfahren solcher Gespräche. Dieser Strategie folgten Rektor Ehrlicher und Schulsenator Drexelius auch in einem gemeinsamen Flugblatt, das am 4. Februar nach der zweiten polizeilichen Räumung des Psychologischen Instituts ausgehängt wurde.¹¹¹

Denn in der Nacht zum 4. Februar 1969 hatte es erneut einen Polizeieinsatz gegeben.¹¹² Ihm vorangegangen war eine Versammlung der Beset-

107 Vgl. StA Hbg., 331-1 II, Abl. 1 Nr. 80 Az 20.16, T. I, o. Bl., Flugblatt Arbeitskreis offene Universität Hamburg [ohne Datum, nach dem 29.1.1969].

108 Vgl. HbfUG, Ordner „WS 1968/69“, Informationen. Dokumentation über die Ereignisse in der Philosophischen Fakultät und ihre Folgen vom 13.2.1969, S. 5.

109 Vgl. z. B. StA Hbg., 331-1 II, Abl. 1 Nr. 80 Az 20.16, T. I, o. Bl., Streikzeitung, Nr. 1 [ohne Datum; vermutlich 30.1.1969]; ebd., o. Bl., Streikzeitung, Nr. 2 [ohne Datum; vermutlich 31.1.1969]; ebd., o. Bl., Streikzeitung, Nr. 3 [ohne Datum; vermutlich 3.2.1969].

110 HbfUG, Ordner „WS 1968/69“, Aushang Besetzung des Philosophenturms vom 29.1.1969.

111 Vgl. HbfUG, Ordner „WS 1968/69“, Informationen, Nr. 79 vom 4.2.1969, Anlage 1.

112 „Solidarisiert euch“ rief Student Ulli an der Schließkette. In: Die Welt vom 5.2.1969, S. 19.

zer am Sonntag, dem 2. Februar. Hier war beschlossen worden, mindestens bis zum 7. Februar zu bleiben – auch wenn das Mandat der Vollversammlung nun abgelaufen war und man einen Beschluss derjenigen, die ohnehin bereits seit Tagen Besetzer waren, kaum als basisdemokratische Legitimation bezeichnen konnte. Dieses Mal wollte die Universitätsleitung schnell reagieren und veranlasste die Polizei nach einem symbolischen Ultimatum (gestellt am 3. Februar um 17:45 Uhr) gegen 1:45 Uhr zur nächtlichen Räumung. Die Polizisten besetzten nun nicht mehr Teile des Psychologischen Instituts, sondern den gesamten 2. Stock – was die Studierenden wiederum dazu brachte, im 3. Stock Teile des Germanischen Seminars zu besetzen.¹¹³

Man könnte eine Doppelstrategie der Härte gegen die Methode Besetzung und der Toleranz in der Sache vermuten, wenn man feststellt, dass am selben Tag, dem 4. Februar 1969, ein offener Brief der SPD-Fraktion erstmalig seit dem Beginn der Auseinandersetzungen Gesprächsbereitschaft über das Universitätsgesetz signalisierte und einige inhaltliche Punkte nannte.¹¹⁴ Tatsächlich aber bot der Brief nichts Neues, sondern präsentierte nur bereits bekannte Fakten aus dem November 1968.¹¹⁵ Der Verdacht liegt nahe, dass er mehr an die Öffentlichkeit als an die Studierenden adressiert war und dort eine vermeintliche Verhandlungsbereitschaft der SPD demonstrieren sollte – durchaus mit Erfolg.¹¹⁶ Die Aktivist:innen gerieten so in ein Dilemma: Besetzungen waren unter den Studierenden umstritten, konnten sich nur kurz halten und verschlissen die Teilnehmenden. Ein Abbruch der Aktionen wäre aber zu diesem Zeitpunkt einer Niederlage gleichgekommen, weil es keine Konzessionen des Senats gab. Entsprechend trieben die Studierenden die Vorbereitung einer bereits geplanten Demonstration für den 5. Februar voran, um erneut in die Offensive zu gehen.

Die Demonstration war zwar von der Innenbehörde aus formalen Gründen verboten worden, eine am selben Tag stattfindende Vollversammlung jedoch nicht. So trafen sich am Nachmittag des 5. Februar 1969 ca. 3000 Studierende, die u. a. mit dem Hochschulexperten der SPD,

113 Vgl. Tagebuch (wie Anm. 87), S. 4.

114 HBfUG, Ordner „UniG 1964-1969“, Kurzinformationen der SPD-Bürgerschaftsfraktion, Nr. 92 vom 4.2.1969.

115 Die Kernpunkte des Briefs enthielt z. B. bereits HBfUG, Ordner „UniG 1964-1969“, Flugblatt Phil-Info, Nr. 6 vom 23.11.1968.

116 Vgl. Ab April: Deutschlands modernstes Hochschulgesetz. Hamburgs großes Angebot an die Studenten. In: Hamburger Morgenpost vom 5.2.1969, S. 1; Ein erster Appell an die Studenten. In: Hamburger Abendblatt vom 5.2.1969, S. 3.

Walter Tormin, über die Hochschulreform diskutierten – in vernünftigem Ton, wie das „Hamburger Abendblatt“ bescheinigte.¹¹⁷ Nach der Diskussion entschied sich die Vollversammlung mit 1700 gegen 1200 Stimmen bei 100 Enthaltungen dafür, trotz des Verbots und der massiven Polizeipräsenz zu demonstrieren.¹¹⁸ Ausschlaggebend für diese Entscheidung war auch ein unglücklich formuliertes Flugblatt der Polizei, das den Eindruck erweckte, diese werde eine Demonstration ohne „Randale“ dulden,¹¹⁹ was jedoch keineswegs ihren ursprünglichen Plänen, den Zug rigoros aufzulösen und „Rädelsführer“ festzunehmen, entsprach.¹²⁰

Dass die Demonstration dennoch friedlich und in angespannter Ruhe vonstattenging, lag einerseits an der Disziplin der Demonstrationsteilnehmer, andererseits an der flexiblen Reaktion der Polizeikräfte vor Ort,¹²¹ die es sogar erlaubten, Flugblätter vor dem Rathaus zu verteilen.¹²² Am Ende der Demonstration beging die Schulbehörde aber einen entscheidenden Fehler: Da der Zug sich wegen der ihn einrahmenden Polizei nicht in der Innenstadt auflösen konnte, kehrte er an die Universität zurück, wo ca. 1500 Teilnehmende im Audimax weiterdiskutieren wollten.¹²³ Das Gebäude aber fanden sie verschlossen vor, weil Senator Drexelius entgegen dem Rat von Rektor Ehrlicher, des Syndikus und des Dekans der Philosophischen Fakultät darauf beharrte, dass die Studierenden es nicht mehr betreten sollten.¹²⁴

117 „Er konnte sie nicht überzeugen, aber sie hörten ihm zu“, heißt es in: Abends gab es die Explosion. In: Hamburger Abendblatt vom 6.2.1969, S. 3.

118 Vgl. StA Hbg., 331-1 II, Abl. 1 Nr. 81 Az 20.16, T. II, o. Bl., Polizei – Kriminalamt: Informationsbericht, Nr. 32/69 vom 5.2.1969.

119 Es endete mit den Worten „Demonstrieren und Diskutieren – Ja! Randalieren – Nein!“. StA Hbg., 331-1 II, Abl. 1 Nr. 81 Az 20.16, T. II, o. Bl., Flugblatt „Studenten! Demonstranten!“ vom 5.2.1969.

120 Vgl. StA Hbg., 331-1 II, Abl. 1 Nr. 81 Az 20.16, T. II, o. Bl., Abschrift der Tondandaufzeichnung der Einsatzbesprechung vom 5.2.1969, S. 4.

121 Abends gab es die Explosion. In: Hamburger Abendblatt vom 6.2.1969; Marsch durch die Innenstadt verlief ruhig. In: Die Welt vom 6.2.1969, S. 17.

122 Verteilt wurden die Flugblätter „Hamburger!“ [ohne Datum; vermutlich 1.2.1969] und Warum wir demonstrieren vom 5.2.69; beide in HBfUG, Ordner „WS 1968/69“.

123 Vgl. StA Hbg., 331-1 II, Abl. 1 Nr. 81 Az 20.16, T. II, o. Bl., Zeitplan Demonstrationseinsatz am 5.2.1969, S. 3.

124 Vgl. StA Hbg., 364-5 II, Abl. 1981/2 91-54.3 (6), Bl. 93, Vermerk betr. Vorgänge im Anschluss an die Demonstration am 5.2.69; Bericht des Ausschusses der Rechtswissenschaftlichen Fakultät vom 19.5.1969. Drexelius' Entscheidung wurde bereits von der „Zeit“ kritisiert, die von einer „Fehlleistung des Hamburger

Die folgenden Stunden waren turbulent und sind nur schwer zu überblicken.¹²⁵ Die Studierenden strömten statt ins Audimax in das Foyer des Philosophenturms, den nächsten erreichbaren größeren Raum. Noch während es sich füllte, beschloss die Polizei, den weiteren Zutritt zu untersagen, weil sie ein Hilfesuch der Zivilpolizisten erhalten hatte, die immer noch im 2. Stock das Psychologische Institut sicherten und nun meldeten, sie würden angegriffen. Die Polizei schickte eine Gruppe zum Entsatz hinein und hinderte gleichzeitig die Studierenden am Zutritt zum Gebäude. Allerdings erklärte sie ihr Verhalten nicht den anwesenden Studierenden, in deren Wahrnehmung die Polizei gewaltsam und ohne erkennbaren Grund den Philosophenturm räumen wollte. Schnell kippte die Stimmung, und im Foyer, vor dem Turm und im 2. Stock kam es zu teilweise gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen beiden Gruppen.



Abb. 4: Am Abend des 5. Februar 1969 verwehrte die Polizei Studierenden den Zutritt zum Philosophenturm, in dem sich bereits andere Studierende befanden

Senators“ schrieb; Zum Fürchten war kein Anlaß. In: Die Zeit, Nr. 7 vom 14.2.1969, S. 10.

125 Vgl. Abends gab es die Explosion. In: Hamburger Abendblatt vom 6.2.1969, S. 3; Informationen (wie Anm. 108), S. 6 f.; Tagebuch (wie Anm. 87), S. 4 und 6; Schulbehörde will Philosophenturm schließen. In: Die Welt vom 6.2.1969, S. 17; Duell mit Wasser. In: Hamburger Morgenpost vom 6.2.1969, S. 11. Vgl. zudem Lengowski (wie Anm. 1), S. 55-60.

Das Interieur des Philosophenturms wurde massiv beschädigt, teilweise durch Gewalteinwirkung, teilweise durch Wasserschäden aus Feuerwehrschläuchen, derer sich beide Seiten als Waffen bedienten. Auch Demonstranten wurden verletzt – zwei so schwer, dass sie im Krankenhaus behandelt werden mussten. Vier Personen wurden festgenommen, mehrere Polizisten erlitten leichte Verletzungen.¹²⁶ Dabei war die Lage im 2. Stock schnell geklärt worden: Als zehn uniformierte Polizisten dort eintrafen, stellten die Demonstranten und die Zivilpolizisten ihre aggressive Auseinandersetzung sofort ein. Verletzt wurde hier niemand.¹²⁷

Unklar stellen sich die Einsatzberichte der beteiligten Polizeizugführer dar. Sie zeigen, wie unkoordiniert und unabgesprochen die einzelnen Einsatzkräfte handelten. Zudem wurden Polizeizüge in der chaotischen Lage getrennt, sodass Befehle nicht an alle durchgegeben wurden.¹²⁸ Besonders fatal wirkte sich das Fehlen einer erreichbaren Einsatzleitung aus. So gab es immer wieder Versuche einzelner Polizeibeamter, den Studierenden die Lage zu erklären und beruhigend auf sie einzuwirken. Sie konnten ihren eigenen Einsatzleiter jedoch nicht finden, mit dem die AStA-Mitglieder dringend in einen Dialog treten wollten.¹²⁹ Angesichts dieser Lage, der zunehmenden Gewalt auf beiden Seiten und der dank der schlechten Kommunikation immer noch unklar erscheinenden Lage im 2. Stock beschloss ein Polizeihauptkommissar, die Sache selbst in die Hand zu nehmen, und versuchte, im Foyer mit einem Megaphon beruhigend auf die Menge einzureden. Er forderte einen der „lautstärksten Schreier“¹³⁰ auf, mit ihm zu diskutieren – zufälligerweise handelte es sich um das AStA-Vorstandsmitglied Günter Hopfenmüller. Im Gespräch wurde schnell das Audimax-Problem offensichtlich, sodass der Polizist entschied, eigenmächtig die Öffnung des Audimax anzukündigen.

Dieser Linie schloss sich der Kommandeur der Schutzpolizei, Martin Leddin, nach einem Gespräch mit dem anderen AStA-Vorsitzenden an,

126 Vgl. 30 drangen ins Büro des Uni-Rektors ein. In: Bild vom 7.2.1969, S. 3.

127 Vgl. StA Hbg., 331-1 II, Abl. 1 Nr. 80 Az 20.16, T. I, o. Bl., Polizei – Kriminalamt: Verlaufsbericht betr. Geschehnisse am Philosophenturm 5.2.1969, 19.00 Uhr, bis 6.2.1969, gegen 3.00 Uhr vom 7.2.1969, S. 3.

128 Vgl. ebd.

129 Vgl. StA Hbg., 331-1 II, Abl. 1 Nr. 82 Az 20.16, T. III, o. Bl., K 4: Betr. Erstellung eines detaillierten Gesamtverlaufsberichtes zu den Ereignissen am 5. auf 6.2.69 an [sic!] und im Philo-Turm, S. 3 f.

130 StA Hbg., 331-1 II, Abl. 1 Nr. 82 Az 20.16, T. III, o. Bl., PHK T. an Senator Ruhнау am 6.2.1969, S. 2.

den auch er eher zufällig getroffen hatte.¹³¹ Leddin war erst nach der Eskalation an den Ort des Geschehens gerufen worden. Die Öffnung des Audimax gegen 21 Uhr entschärfte schließlich die Situation und ermöglichte sowohl den Studierenden zu diskutieren als auch den Zivilpolizisten, aus dem 2. Stock abzuziehen. Die Polizei blieb allerdings vor Ort – am Morgen des 6. Februar besetzte sie ihrerseits den Philosophenturm, um weiteren studentischen Aktionen zuvorzukommen.¹³² Diese polizeiliche Besetzung bedeutete die vorübergehende Schließung des gesamten Gebäudes und dauerte ungeachtet zahlreicher Proteste bis zum 18. Februar 1969 an.¹³³



Abb. 5: Vom 6. bis 18. Februar 1969 wurde der Philosophenturm von der Polizei besetzt gehalten und verbarrikadiert

131 Vgl. Verlaufsbericht (wie Anm. 127), S. 6.

132 Vgl. Tagebuch (wie Anm. 87), S. 6.

133 Vgl. Philosophenturm wieder frei. In: Hamburger Abendblatt vom 18.2.1969, S. 3.

Der lange Schatten einer kurzen Woche – die Zeit nach den Besetzungen

Die Ereignisse der ersten Februarwoche 1969 hatten weitreichende Folgen für die Universität. Dies betraf zum einen die Polizei: Das Studentenparlament diskutierte am 6. Februar die Einführung einer „Spitzelkartei“, um Polizisten in Zivil künftig besser erkennen und vertreiben zu können.¹³⁴ Auch der Ton gegenüber der Polizei wurde schärfer. So hieß es auf einem Plakat: „Ruhnaus Polizei verhindert Forschung und Lehre!“¹³⁵ Am 7. Februar randalierte dann eine Gruppe von 70 bis 80 Jugendlichen, unter denen auch Studierende waren, am Philosophenturm, skandierte polizeifeindliche Parolen und schmiss Scheiben ein.¹³⁶

Auf viele Studierende wirkte der Polizeieinsatz vom 5. Februar wie eine Art „Aha-Effekt“: Die meisten von ihnen hatten sich eine solche Konfrontation mit der Polizei an der Universität nicht vorstellen können und mussten lernen, dass die Universität „weder geschützter Elfenbeinturm noch Abenteuerspielplatz für Aktivisten war“.¹³⁷ Zudem traten nun die internen Meinungsunterschiede deutlicher hervor – die Phase der Besetzung hatte die vorhandenen Konflikte unter den Studierenden verschärft. Dies zeigte sich z. B. in den Sitzungen des Studentenparlamentes, in denen der Ton zwischen den Fraktionen immer rauer wurde¹³⁸ – ein Trend der Polarisierung, der auch in den 1970er Jahren noch fortdauer-
te.¹³⁹

Aber auch das Verhältnis zu den anderen Statusgruppen der Universität litt. Das qualitativ Neue an der Phase nach der Besetzung war, dass Gespräche abgebrochen wurden. Hatten sich zuvor beide Seiten stets darum bemüht, trotz der Differenzen im Dialog zu bleiben, kam es jetzt

134 StA Hbg., 364-15/1, 199, o. Bl., Kurzprotokoll der 255. Sitzung des Studentenparlamentes vom 6.2.1969, S. 6.

135 StA Hbg., 331-1 II, Abl. 1 Nr. 82 Az 20.16, T. III, o. Bl., Mitteilung: Betr. Vollversammlung der Universität Hamburg vom 7.2.1969.

136 Die Polizei ging davon aus, dass die Gewalt wesentlich von „Rockern“ initiiert wurde. Vgl. StA Hbg., 331-1 II, Abl. 1 Nr. 82 Az 20.16, T. III, o. Bl. [Schreiben 44 11 61/62 11 im Polizeibezirk Eimsbüttel vom 7.2.1969].

137 So fasst Reimer (wie Anm. 42), S. 271 die Wirkung des Einsatzes auf seine Interviewpartner zusammen.

138 So beschimpften sich Abgeordnete und drohten sich gegenseitig Schläge an. Vgl. z. B. StA Hbg., 364-15/1, 199, o. Bl., Kurzprotokoll der 260. Sitzung des Studentenparlamentes vom 24.4.1969, S. 9.

139 Die radikalen Gruppen erreichten auch bessere Wahlergebnisse. Vgl. Micheler/Michelsen (wie Anm. 14), S. 207 f.

zu einem länger andauernden Verlust der Gesprächsgrundlage. Dies zeigte sich besonders deutlich in einer Arbeitsgruppe, die mit Vertretern von Professoren, Studierenden und Assistenten besetzt war und Bedingungen für die Freigabe des Philosophenturms aushandeln sollte.¹⁴⁰ Sie scheiterte daran, dass die studentischen Vertreter keine Garantie für den Verzicht auf Gewalt abgeben wollten und weitere uneinlösbare Forderungen stellten, die höchstens auf der Ebene des Gesetzgebers hätten verwirklicht werden können.¹⁴¹ Das Ende der Kommission führte auch zu einem Protest bei den Assistenten, die dem AStA in der Folge schwere Vorwürfe machten und offiziell ihre Beziehung für beschädigt erklärten.¹⁴²

Nicht zuletzt litt der Kontakt zum politischen Senat. Nach dem Scheitern der Kommission zur Freigabe des Philosophenturms erklärte Schulsenator Drexelius, die studentischen Vertreter wollten „die Herrschaft der Wenigen und damit das Ende freier Wissenschaft“, ihr Handeln sei gar „der Versuch, unsere freiheitliche Grundordnung zu stürzen“.¹⁴³ Einen ähnlichen Ton schlug Innensenator Ruhnau an, als er in der „Bild“ den Stimmenzuwachs linker Gruppen an den Universitäten mit dem des Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbundes vor 1933 verglich.¹⁴⁴ Wenige Monate später sah Drexelius bei Vorgängen um eine Vorlesungsstörung den „Faschist[en]“ im SDS „zum Vorschein“ kommen.¹⁴⁵

Resümee

Der Blick auf die Geschichte der Universität Hamburg um das Jahr 1968 zeigt, welches große Potenzial ins Detail gehende lokalgeschichtliche Studien für die Betrachtung eines vermeintlich bekannten und erforschten Phänomens wie „1968“ bieten. Besonders die Einbeziehung unter-

140 Vgl. StA Hbg., 364-5 II, Abl. 1993/01 03-50.9, Bl. 3, Niederschrift über die 331. Sitzung des Akademischen Senats vom 7.2.1969, S. 3.

141 So forderten sie u. a., alle Entscheidungen in die Institutsvollversammlung zu verlegen. Vgl. Informationen (wie Anm. 108), S. 10 f.

142 StA Hbg., 364-5 II, Abl. 1993/01 03-50.9/2, Bl. 7, Heinz Wagner an die Vorsitzenden des AStA der Universität am 12.2.1969.

143 HBFUG, Ordner „WS 1968/69“, Flugblatt Studentinnen und Studenten! vom 11.2.1969.

144 Vgl. Ein Sozialdemokrat beschwört die Studenten: „So ging es schon einmal schief“. In: Bild vom 12.2.1969, S. 1; Laßt euch nicht zur Fußmatte machen! In: Bild vom 12.2.1969, S. 22.

145 StA Hbg., 364-5 II, Abl. 1981/2 91-54.3 (6), Bl. 11, Dr. Drexelius an Prof. Klaus Oehler am 13.6.1969.

schiedlicher Perspektiven auf die Ereignisse, die hier quellenbasiert an den Akteursgruppen Polizei, Senat, Universitätsleitung und Studierende versucht wurde, bietet neue Blickwinkel und ermöglicht es, scheinbare Dichotomien wie „Studierende“ vs. „Universität“ differenzierter zu betrachten. Zugleich hat besonders der Blick auf die Einzelheiten von Vollversammlungen und Flugblättern gezeigt, wie wenig selbstverständlich von einem kollektiven Subjekt „der Studenten“ ausgegangen werden kann. Es handelt sich bei regionalen Detailstudien eben nicht um „lokalgeschichtliche Marginalien“,¹⁴⁶ die angesichts der omnipräsenten Folie der West-Berliner oder Frankfurter Ereignisse zu vernachlässigen seien, sondern um wertvolle Korrekture zu einem ansonsten allzu simplen Narrativ von „1968“.

So wurden charakteristische Elemente in Hamburg sichtbar wie die langjährig pragmatische Herangehensweise der Studierenden an die Fragen der Universitätsreform sowie die ausgeprägte Kontinuität und Bindekraft des SHB, der es lange Zeit vermochte, über seine Flügel auch auseinanderstrebende politische Kräfte zu integrieren. Auch deshalb erscheinen die radikalen Kräfte in Hamburg als „Spätzünder“, die erst im Winter 1968/69 Gewicht erlangten – deutlich versetzt zu dem häufig als Höhepunkt der Studentenbewegung erklärten Mai 1968. An anderen Stellen aber zeigte die lokale „Tiefenbohrung“, dass es Momente der Synchronisierung gegeben hat, die die ansonsten unterschiedlich verlaufenden Proteste und Aktionen bundesweit auf einen Nenner brachten. Der 2. Juni 1967 und seine Auswirkungen an der Universität Hamburg sind ein Beispiel dafür. Die ausgebliebene Massenmobilisierung im Mai 1968 beweist aber, wie unzutreffend es wäre, dies ohne weitere Prüfung für jedes gemeinhin als wichtig angenommene Ereignis vorauszusetzen.

Von der Besonderheit der Hamburger Entwicklung zeugt auch die Radikalisierung vieler Studierender im Winter 1968/69, die sich aus der Vorgeschichte erklären lässt. Gerade die Besetzung des Philosophenturms ist hier als eine Zäsur anzusehen. Als dann mit dem neuen Hamburger Universitätsgesetz vom Mai 1969 der Wechsel von der Ordinarien- zur Gruppenuniversität vollzogen wurde, ging diese Veränderung den radikaleren Studierenden schon nicht mehr weit genug, während umgekehrt viele Ordinarien die Zukunft der Universität nur noch in schwarzen Far-

146 Vgl. Stefan Hemler, München '68 – war da was? Überlegungen zur Erforschung der Studentenbewegung anhand bedeutsamer Marginalien. In: 1999. Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts 13 (1998), S. 117-136, hier S. 136.

ben malten, weil ihnen dieser Wandel als maßlos erschien. So betonte Rektor Ehrlicher anlässlich des 50-jährigen Universitätsjubiläums im Mai 1969, man könne im Moment nicht einmal miteinander feiern, denn „[d]ie gegenwärtig in Gruppen zerfallende Universität müßte sich erst selbst wieder finden“.¹⁴⁷

Doch obwohl die Verhältnisse noch lange angespannt blieben, sahen nicht alle Mitglieder der Universität die Zukunft so negativ wie die radikalisierten Studierenden und die Enttäuschten unter den Professoren. Viele nutzten die Möglichkeiten, die ihnen das modernisierte Universitätsgesetz mit seinen verbrieften Partizipationsrechten und Gremienstrukturen bot. So konnte in den folgenden Jahren eine neue Gesprächskultur entstehen. Mitverantwortlich dafür war auch der Ende 1969 statusgruppenübergreifend gewählte erste Präsident der Universität Hamburg, der zuvor als Vorsitzender der Bundesassistentenkonferenz amtierende Theologe Peter Fischer-Appelt. Er wirkte als Moderator in dem nun anstehenden Prozess der Neuorientierung, in dem sich die Universität neu definieren musste.¹⁴⁸

147 Werner Ehrlicher, Zum 50. Gründungstag der Universität Hamburg. In: Universität Hamburg 1919-1969 (wie Anm. 17), S. 5-13, hier S. 5.

148 Die Geschichte der Universität Hamburg in den 1970er Jahren ist noch weitgehend unerforscht. Vgl. als ersten Überblick Nicolaysen, „Frei soll die Lehre sein“ (wie Anm. 4), S. 43-46 sowie etliche Hinweise bei Barbara Vogel, Geschichtswissenschaft in Hamburg seit 1970. In: Rainer Nicolaysen/Axel Schildt (Hg.), 100 Jahre Geschichtswissenschaft in Hamburg. Berlin/Hamburg 2011 (= Hamburger Beiträge zur Wissenschaftsgeschichte, Bd. 18), S. 295-330; vgl. jetzt als wichtige Quellensammlung Peter Fischer-Appelt, Die Universität als Kunstwerk. Beiträge aus sechs Jahrzehnten. Berlin/Hamburg 2012 (= Hamburger Beiträge zur Wissenschaftsgeschichte, Bd. 22).

... (The text is extremely faint and largely illegible, appearing to be a dense academic or historical passage.)

... (This section continues the text, with some words like 'Vorrede' and 'Hamburg' being faintly visible.)